

Medium:	FAZ (Rhein-Main Zeitung)	Adresse:	Hellerhofstraße 2-4 60327 Frankfurt am Main
Datum:	01. April 2008	Auflage:	396.232
Autor:	Rig.	Seite:	F7



Baufortschritt: Rund um das Haupthaus des Klinikums hat sich schon einiges getan.

Foto Wolfgang Eilmes

520 Millionen Euro für Frankfurter Uniklinik

Aufsichtsrat verabschiedet Masterplan / Bauvorhaben sollen bis 2017 abgeschlossen sein

rig. FRANKFURT. Das Frankfurter Universitätsklinikum soll für rund 520 Millionen Euro umfassend saniert und baulich völlig neu geordnet werden. Dabei ist geplant, die klassischen medizinischen Disziplinen rund um das Zentralgebäude am Theodor-Stern-Kai zu konzentrieren und die Neuromedizin im Westen des Geländes Richtung Niederrad. Hinzu kommen Investitionen in Forschung und Lehre von 125 Millionen Euro. Der Aufsichtsrat des Klinikums hat gestern einen knapp 900 Seiten starken Masterplan gebilligt, der diese Vorhaben zusammenfasst. Sie sollen bis 2017 verwirklicht werden. Für den Aufsichtsratsvorsitzenden und scheidenden hessischen Minister für Wissenschaft und Kunst, Udo Corts (CDU), war die Aufsichtsratssitzung seine letzte Amtshandlung. Direkt im Anschluss sagte er, die baulichen Investitionen seien nötig, um die Zukunft des Frankfurter Universitätsklinikums zu sichern. „Am Ende muss das Klinikum sich selbst tragen“, so Corts.

Der Minister gab zu, dass bisher lediglich der 250 Millionen Euro teure erste Bauabschnitt mit der bereits begonnenen Modernisierung des Zentralgebäudes (Haus 23) im Landeshaushalt abgesi-

chert sei. Corts und der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Walter Arnold zeigten sich gestern jedoch zuversichtlich, dass die Landtagsfraktionen eine weitere Entwicklung des Frankfurter Universitätsklinikums nicht bremsen würden. „Die CDU steht klar dazu“, sagte Arnold. Als Vorteile der baulichen Neukonzeption nannte Corts Einspareffekte durch kürzere Wege und ein einladendes Ambiente. Die Patienten sollten sich wohl fühlen, äußerte Corts.

Ursprünglich war erwogen worden, außerhalb des Geländes am Theodor-Stern-Kai gelegene Disziplinen wie die Psychiatrie, die Neurologie und Neurochirurgie von Niederrad auf den Sachsenhäuser Teil des Areals zu verlegen. Gegen diese Möglichkeit hätten zusätzliche Kosten von rund 120 Millionen Euro gesprochen und die mit dieser sehr starken baulichen Verdichtung einhergehende Anmutung einer „Krankenhausfabrik“. Im Sinne der Patienten habe man von dieser Lösung trotz der damit verbundenen jährlichen Einsparungen von 2,5 Millionen Euro Abstand genommen, äußerte Corts. Arnold ergänzte, dass zudem die bauliche Genehmigung fraglich gewesen wäre.

Der Masterplan ist das Ergebnis eines zwölf Monate währenden Arbeitsprozesses, an dem auch externe Beraterfirmen beteiligt waren: Andree Consult in Hennef, Health Company Dresden und die Woerner und Partner Planungsgesellschaft Frankfurt. Der erste Bauabschnitt ist mit der Fertigstellung eines Erweiterungsbaus des Zentralgebäudes im Dezember vergangenen Jahres schon einen entscheidenden Schritt vorangekommen. Nun folgt die Sanierung der Sockelgeschosse und der Fassade des Hauptgebäudes.

Nach Abschluss dieser Arbeiten kann das überalterte Haus 21 abgerissen werden. Die dort untergebrachten Einrichtungen – darunter die Hautklinik und die Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie – kommen dann in das Haus 23. Schließlich sollen die Frauen- und die Kinderklinik zu einem Mutter-Kind-Zentrum zusammengeführt und ebenfalls an das Haus 23 angebunden werden. In das frei werdende Gebäude der Frauenheilkunde soll dann die Orthopädische Universitätsklinik Friedrichsheim einziehen. In einem vierten und damit letzten Bauabschnitt werden auf dem Campus Niederrad die Neurologie und die Neurochirurgie

modernisiert; die psychiatrische Klinik soll unter Nutzung der frei werdenden Orthopädie baulich eng mit den Kliniken für Neurochirurgie und Neurologie verbunden werden.

Der ärztliche Direktor des Universitätsklinikums, Roland Kaufmann, sagte, dank des Masterplans könne man trotz der Restriktionen im Gesundheitswesen optimistisch in die Zukunft blicken. Hans-Joachim Conrad, kaufmännischer Direktor des Klinikums, fügte hinzu, Zentralisierung und bauliche Konzentration ermöglichen ein effizienteres Arbeiten. Gleichwohl werde man sich noch stärker auf komplizierte Fälle konzentrieren und mit kleineren Krankenhäusern, auch außerhalb Frankfurts, kooperieren. Die Zahl der Betten wird Conrad zufolge um 200 auf künftig 1170 inklusive Psychiatrie und Orthopädie reduziert werden. Bei einem jährlichen Etat von 360 Millionen Euro habe das Defizit im vergangenen Jahr bei 13 Millionen Euro gelegen. Werde die nicht mehr zukunftstaugliche Pavillonbauweise Zug um Zug aufgelöst, könnten allein die Transportwege auf dem rund 500 000 Quadratmeter großen Gelände um die Hälfte reduziert werden.

Heilkräfte für das Klinikum

Von Brigitte Roth



Immer striktere Vorgaben für die Abrechnung stationärer Leistungen engen den wirtschaftlichen Spielraum der Krankenhäuser ein. Alles muss überprüft werden, nicht zuletzt die Arbeitswege auf dem knapp 500 000 Quadratmeter großen Gelände des Frankfurter Universitätsklinikums mit seinen rund hundert Gebäuden. Dort liegt nicht zusammen, was zusammengehört. Das ist für kranke Menschen, die unnötig oft von A nach B transportiert werden müssen, lästig. Und für das Klinikum mit einem Defizit von 13 Millionen Euro im vergangenen Jahr schafft es denkbar schlechte Voraussetzungen, um erfolgreich Schulden abzubauen. Daher ist eine bauliche Konzentration medizinischer Leistungen erforderlich, wie sie gestern vom Aufsichtsrat des Universitätsklinikums beschlossen wurde.

Hessens scheidender Wissenschaftsminister Udo Corts (CDU) hat sich also mit seiner letzten Amtshandlung ein kleines Denkmal gesetzt. Allerdings steht es noch auf einem etwas wackeligen Sockel. Denn im Rahmen des ambitionierten Projekts, das 2017 abgeschlossen werden soll, sind 520 Millionen Euro für Um- und Neubauten zuzüglich 125 Millionen Euro für Forschung und Lehre veranschlagt. Da die CDU künftig keine Mehrheit mehr im Landtag hat, ist die Realisierung des löblichen Vorhabens zumindest in Teilen nicht sicher. So hat der Beschluss des Aufsichtsrats auch den Charakter eines Appells: Alle Parteien im Landtag sollen ermahnt werden, das begonnene Werk nicht zu gefährden.

„Am Ende muss das Klinikum sich selbst tragen“, hat Corts gestern gesagt. Dass dieses Ziel dem Masterplan zufolge nicht mit Brachialgewalt angestrebt wird, ist eine gute Nachricht. So wurden Pläne, auch abseits gelegene Kliniken wie die Psychiatrie, Neurologie, Neuroradiologie und Neurochirurgie umzusiedeln, schließlich fallengelassen. Sicherlich wären manche Wege kürzer geworden, wenn der Bau eines zweiten zentralen Großtraktes beschlossen worden wäre. Und damit hätten sich langfristig auch Einsparungen erzielen lassen. Doch wäre den Kranken zwischen viel Beton kaum mehr ein Flecken Grün geblieben.

Auch wenn es manchmal in Vergessenheit gerät: Kliniken müssen wirtschaftlich arbeiten, sie sind aber in erster Linie dafür da, dass kranke Menschen genesen können. Und ein angenehmes Umfeld ist dem Heilungsprozess förderlich.